

Schriftführer/in:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.11.2018
- 3 Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.01.2019
Vorlage: 18/SVV/0838
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entwicklungsträger Bornstedter Feld
GmbH
Vorlage: 18/SVV/0198
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Sanierungsträger Potsdam GmbH
Vorlage: 18/SVV/0199
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.3 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung
Vorlage: 16/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE
- 4.4 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung
Vorlage: 18/SVV/0183
Fraktionen CDU/ANW, SPD
- 4.5 Inklusion im Sport fördern
Vorlage: 18/SVV/0351
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zur Erledigung)
- 4.6 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Fraktion DIE aNDERE
- 4.7 Verbuchung Einnahmeverluste Rechenzentrum beim Sanierungsträger
Vorlage: 18/SVV/0591
Fraktion DIE aNDERE

- 4.8 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 18/SVV/0634
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.9 Einführung von Mehrwegbechern
Vorlage: 18/SVV/0685
Fraktion DIE LINKE
- 4.10 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 18/SVV/0686
Fraktion DIE LINKE
- 4.11 1. Aktionsplan: Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050
Vorlage: 18/SVV/0730
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.12 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern
Vorlage: 18/SVV/0743
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.13 Bewirtschaftung des Volksparks
Vorlage: 18/SVV/0744
Fraktion CDU/ANW
- 4.14 Förderung des Wasserwandertourismus in Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0755
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.15 Reorganisation der Geschäftsbereiche 2 und 3
Vorlage: 18/SVV/0768
Fraktion DIE LINKE
- 4.16 Kundenbefragung in der Ausländerbehörde
Vorlage: 18/SVV/0771
Fraktion DIE aNDERE
- 4.17 Lokaler Teilhabeplan 2.0
Vorlage: 18/SVV/0777
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 18/SVV/0648
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

- 6.2 Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Verlängerung und Anpassungen für die Förderperiode 2019 bis 2021
Vorlage: 18/SVV/0732
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6.3 Prüfergebnis Entwicklung Bornstedter Feld und umliegende Gebiete gemäß Beschluss: 18/SVV/0023
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- 6.4 Sachstandsbericht zum Projekt 'Papierlose Gremienarbeit'
- 6.5 Sachstandsbericht Schulneubau in Babelsberg
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.11.2018

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückstellungen:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.3**, Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung, DS 16/SVV/0126, soll bis zum Abschluss des Werkstattverfahrens zur Biosphäre zurückgestellt werden.
- Der **Tagesordnungspunkt 4.6**, Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese, DS 18/SVV/0348, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 4.10**, Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße, DS 18/SVV/0686, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.
- Der **Tagesordnungspunkt 4.12**, Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern, DS 18/SVV/0743, soll zurückgestellt werden, da die Voten der Ausschüsse für Bildung und Sport, Kultur und Wissenschaft sowie für Finanzen fehlen.

- Der **Tagesordnungspunkt 4.15**, Reorganisation der Geschäftsbereiche 2 und 3, DS 18/SVV/0768, soll zurückgestellt werden, da der Oberbürgermeister am kommenden Mittwoch die Mitarbeitenden der Landeshauptstadt Potsdam und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung über geplante Umstrukturierungen informieren wird.

Änderungen in der Reihenfolge:

- Der **Tagesordnungspunkt 4.17**, Lokaler Teilhabeplan 2.0, DS 18/SVV/0777, soll **vorgezogen** und **nach Tagesordnungspunkt 4.5**, Inklusion im Sport fördern, DS 18/SVV/0351, behandelt werden.
- Der **Tagesordnungspunkt 6.4**, Sachstandsbericht zum Projekt 'Papierlose Gremienarbeit', soll **vorgezogen** und **vor Tagesordnungspunkt 6.1**, Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018, DS 18/SVV/0648, behandelt werden.

Ergänzungen:

- Unter **7.**, **Sonstiges**, sollen die Themen **Gremienbesetzung proWissen e.V.** und **Änderung der Hauptsatzung** behandelt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 84. Sitzung des Hauptausschusses vom 14.11.2018 erhebt sich **kein Widerspruch**.

zu 3 Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.01.2019 Vorlage: 18/SVV/0838

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation

Frau Rademacher, Beauftragte für Antikorruptionsarbeit, bringt die Vorlage ein. Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. **Herr Rechtsanwalt Dr. Rainer Frank wird zum Ombudsmann der Landeshauptstadt Potsdam als unabhängiger Ansprechpartner für die Aufnahme und Bearbeitung von Hinweisen zu Korruptionsverdachtsfällen sowie zur Vornahme von Schulungen/Abstimmungen mit der/ dem Antikorruptionsbeauftragten bestellt.**
2. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Rainer Frank einen Vertrag zum Betrieb einer Ombudsstelle für den Zeitraum 01.01.2019 bis zum 31.12.2020 zu schließen. Die Landeshauptstadt behält sich ein einmaliges Optionsrecht zur Verlängerung des Vertrages um weitere drei Jahre vor, so dass der Vertrag spätestens am 31.12.2023 endet.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH**

Vorlage: 18/SVV/0198

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 werden zusammen behandelt und eingebracht.

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, bringt die Vorlagen ein und wirbt um Zustimmung, noch in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen eine abschließende Beratung aus und begründet dies damit, dass diese Änderungen noch auf Grundlage des alten Mustergesellschaftsvertrages vorgenommen werden würden. Die Vorlage zur Änderung des Mustergesellschaftsvertrages sei aktuell noch im Geschäftsgang und sollte zusammen mit den beiden vorliegenden Vorlagen behandelt werden. Auch sei ein sofortiger Beschluss aus seiner Sicht nicht zwingend notwendig. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass Gesellschaftsverträge „lebendig“ seien und regelmäßig an neue Gegebenheiten angepasst werden müssten, so auch in den vorliegenden Fällen. Der neue Mustergesellschaftsvertrag könne Grundlage für zukünftige Änderungen sein.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Vorlagen heute abschließend beraten und später noch einmal auf Grundlage des neuen Mustergesellschaftsvertrages angepasst werden könnten. Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht, dass die Diskussion zum Thema sehr „verworren“ sei und er die Argumente für die heutige abschließende Beratung nicht nachvollziehen können. Sollte dies doch so sein, müsse auch eine inhaltliche Diskussion geführt werden. Seine Fraktion habe auch Änderungsvorschläge dazu, die heute aber nicht schriftlich vorliegen würden.

Antrag zur Geschäftsordnung

Herr Kirsch beantragt die Zurückstellung der beiden Vorlagen.

Nach einer kontroversen Diskussion über das Für und Wieder einer Zurückstellung, wird der Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Damit werden die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 **zurückgestellt**.

zu 4.2 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Sanierungsträger Potsdam GmbH**

Vorlage: 18/SVV/0199

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

*Der Tagesordnungspunkt 4.2 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt und anschließend **zurückgestellt**.*

zu 4.3 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung
Vorlage: 16/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt - bis zum Abschluss des Werkstattverfahrens

zu 4.4 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung
Vorlage: 18/SVV/0183
Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Finken bringt den Antrag ein und verweist auf die geänderte Fassung des Ausschusses für Finanzen, in der der Änderungsantrag seiner Fraktion aufgehe.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass seine Fraktion sowohl dem ursprünglichen Antrag, als auch der neuen Fassung des Ausschusses für Finanzen folgen könne. Herr Heuer betont, dass der Antrag lange diskutiert worden sei und auch die Verwaltung dem vorgeschlagenen Prozedere folgen würde. Der Oberbürgermeister fragt, ob sich der Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP erledigt habe und zurückgezogen werde, was Herr Kirsch bestätigt.

Die vom Ausschuss für Finanzen empfohlene Fassung des Antrags wird im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Umsetzung des integrierten Strategiezyklus zu konkretisieren und aufzuzeigen, wie die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fraktionen dabei in die Haushaltsplanung einbezogen werden soll. Nach dem ersten Durchlauf erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fraktionen und die Verwaltung eine gemeinsame Analyse dieses Prozesses mit dem Ziel, diesen Beteiligungsprozess im Sinne der Gesamtziele der Strategischen Steuerung zu optimieren.

Für die Stadtverordnetenversammlung soll so eine frühest- und größtmögliche Transparenz im Haushaltsaufstellungsverfahren geschaffen werden. Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Rahmen der Vorbereitung des Strategiebeschlusses und des Haushaltsbeschlusses mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den von der Verwaltung vorgeschlagenen Zielen frühestmöglich zu befassen und eigene Schwerpunkte zu setzen.

Das oben genannte konkrete Verfahren - zur Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fraktionen im Zuge des ersten Durchlaufs des integrierten Strategiezyklus - wird dem Finanzausschuss im ersten Quartal 2019 vorgestellt. Die gemeinsame Analyse des Verfahrens erfolgt unmittelbar nach der Durchführung des Strategiezyklus.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.5 Inklusion im Sport fördern
Vorlage: 18/SVV/0351
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zur Erledigung)

Frau Armbruster bringt den Antrag ein, der in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in den **Hauptausschuss zur Erledigung** überwiesen wurde. Sie betont, dass die Unstimmigkeiten in der Fraktion geklärt wurden und der Antrag in der ursprünglichen Fassung, der auch der Ausschuss für Bildung und Sport gefolgt ist, zur Abstimmung gestellt werden soll.

Herr Finken bringt anschließend namens seiner Fraktion folgenden **Änderungsantrag** ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zunächst zu prüfen, ob und wie dem Anliegen des Antrags durch eine Optimierung der vorhandenen Organisation sowohl im Aufbau als auch im Ablauf entsprochen werden kann. Das Ergebnis ist dem Hauptausschuss bis April 2019 vorzustellen.

Dann weiter mit den Punkten 1 – 3 des Antrags.

Frau Eisenblätter betont, dass sich der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion ebenfalls mit dem Antrag befasst habe und empfehle, dem Punkt 3 zuzustimmen und die Punkte 1 und 2 zu streichen.

Herr Richter, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, verweist darauf, dass der Antrag ein Ergebnis seines jährlichen Reports sei. Eine erste Veranstaltung zur Bearbeitung des Themas habe bereits stattgefunden und den Antrag halte er für wichtig, da der Handlungsbedarf immer noch bestehe.

Frau Armbruster plädiert für eine Beschlussfassung der Punkte 1 bis 3 des Antrages. Dem entgegnet Frau Schulze, dass die Punkte 1 und 2 auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion gestrichen worden seien, denn das Netzwerk sei bereits im Entstehen.

Eventuell, so der Oberbürgermeister, könne der Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW eine mögliche Zwischenlösung sein. Im weiteren Verlauf der kontroversen Diskussion stellt Frau Eisenblätter folgenden **Änderungsantrag**:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, wie im Report für 2018 dargestellt, umgesetzt werden können:

Dann weiter mit den Punkten 1 – 3 des Antrags

Frau Hüneke erklärt, dass ihre Fraktion diese Änderungen übernehme. Herr Finken erklärt sich ebenfalls mit der neuen Formulierung einverstanden und zieht den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zurück.

Anschließend wird die von Frau Eisenblätter vorgeschlagene Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die folgenden Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, wie im Report für 2018 dargestellt, umgesetzt werden können:

- 1. Benennen einer zentralen Ansprechperson, die Informationen über Sportangebote für Menschen mit Behinderung bündelt und zur Verfügung stellt. Diese Person sollte Gleichgesinnte zusammenbringen, um auch neue Angebote in Absprache mit den Potsdamer Vereinen zu schaffen. Des Weiteren hilft sie bei der Organisation von Belegungszeiten in den Potsdamer Sportstätten.**
- 2. Gründung Netzwerk inklusiver Sport. Die zentrale Ansprechperson fungiert als Initiator zur Schaffung von Netzwerken zwischen Schulen, Vereinen, Selbsthilfeverbänden, Einrichtungen der Behindertenhilfe und weiteren Institutionen. Die Ansprechperson steigert den Informationsfluss und fördert die Schaffung von Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Ansprechperson vermittelt auch als Moderator zwischen den Instanzen. Dies ist vor allem wichtig, um kleinere Vereine zu einer Öffnung zu inklusiven Strukturen zu ermutigen und zu vernetzen sowie um einen festen Ansprechpartner im kommunalorganisierten Sportsystem zu bieten.**
- 3. Ausbau barrierefreier Sportstätten und Aufbau eines barrierefreien Informationsportals, indem sich online die entsprechenden Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung wiederfinden.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 4.6 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese

Vorlage: 18/SVV/0348

Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt – Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt

zu 4.7 Verbuchung Einnahmeverluste Rechenzentrum beim Sanierungsträger

Vorlage: 18/SVV/0591

Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak bringt den Antrag ein. Der Oberbürgermeister verweist auf die ablehnenden Stellungnahmen des Ausschusses für Finanzen und des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft.

Im Anschluss wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird als Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam in der Gesellschafterversammlung der Sanierungsträger GmbH bzw. der ProPotsdam GmbH angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass die durch die ProPotsdam-Tochterunternehmen GEWOBA und Sanierungsträger Potsdam der Stiftung SPI für das Kunst- und Kreativhaus Rechenzentrum in Rechnung gestellten

Betriebskosten für die Vergangenheit anteilig (i.H.v. 140.000 €) durch den Sanierungsträger übernommen und als Einnahmeverlust verbucht werden.

Die Höhe des Betrages ergibt sich aus der Differenz von den Gesamtkosten der Hausnutzung für die Zeit 09/2015 bis 12/2017 und den Mieteinnahmen seitens der Stiftung SPI.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	12
Stimmenthaltung:	3

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 4.8 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 18/SVV/0634

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Der Oberbürgermeister verweist auf das Votum des Jugendhilfeausschusses, der empfiehlt, dem Antrag mit der Ergänzung des folgenden Satz zuzustimmen:

Zur Vermeidung von Doppelstrukturen wird das Tätigkeitsfeld anderer städtischer Gesellschaften und der Potsdamer Trägerlandschaft im Gründungsprozess berücksichtigt. Im Falle der Ausweitung auf weitere Tätigkeitsorte und -felder ist der Subsidiaritätsgrundsatz zu wahren.

Der Oberbürgermeister berichtet, dass der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft dem ergänzten Beschlusstext des Jugendhilfeausschusses zustimmen. Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, wird die Vorlage anschließend mit der Ergänzung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, die für die Gründung bzw. den Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere die Prüfung des Vorliegens der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen.

Zur Vermeidung von Doppelstrukturen wird das Tätigkeitsfeld anderer städtischer Gesellschaften und der Potsdamer Trägerlandschaft im Gründungsprozess berücksichtigt. Im Falle der Ausweitung auf weitere Tätigkeitsorte und -felder ist der Subsidiaritätsgrundsatz zu wahren.

Das Ergebnis der Prüfung mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen ist der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 4

zu 4.9 Einführung von Mehrwegbechern**Vorlage: 18/SVV/0685**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und erklärt das Einverständnis der Fraktion DIE LINKE zu der geänderten Terminstellung. Herr Heuer betont, dass hierzu sowohl eine abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung möglich sei als auch eine Zurückstellung, um das gesamte Projekt „höher anzusiedeln“ und damit auch dauerhaft erfolgreich zu gestalten. Herr Dr. Scharfenberg plädiert für eine abschließende Beratung und wenn am Ende mehr rauskommt, als der Antrag plan, habe er auch nichts dagegen.

Der Antrag wird mit einer geänderten Terminstellung von *Januar 2019 auf März 2019* zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, bis wann die Einwegbecherverwendung durch ein Mehrwegbechersystem zu ersetzen ist oder geschlossene Stoffkreisläufe zur Wiederverwendung von Einwegbechern nachzuweisen sind und welche finanziellen Auswirkungen dies hat.

Dies soll durch die Stadt vermittelt und in Kooperation mit der Initiative PotsPresso umgesetzt werden.

Über das Ergebnis der Prüfung ist die Stadtverordnetenversammlung im ~~Januar 2019~~ **März 2019** zu informieren.

Abstimmungsergebnis:einstimmig angenommen.**zu 4.10 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße****Vorlage: 18/SVV/0686**

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Votum Ausschuss für Bildung und Sport fehlt

zu 4.11 1. Aktionsplan: Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050**Vorlage: 18/SVV/0730**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Ausschüsse für Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und für Finanzen empfehlen, dem Beschlussvorschlag **zuzustimmen**.

Die Vorlage wird von Frau Lippert, Koordinierungsstelle Klimaschutz, an Hand einer Power-Point-Präsentation eingebracht. Sie geht dabei auf die Masterplanbeschlüsse und-gutachten ein und erläutert den Arbeitsprozess im Jahr 2018. Ziel sei insbesondere eine nachhaltige Planung, um die Gemeinschaft zu stärken, „in's handeln“ zu kommen und ein Controlling aufzubauen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, welchen Wunsch sie hätte, entgegnet Frau Lippert, dass das in erster Linie die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen wären. Auf Nachfrage von Frau Hüneke, welche Form eines abrechenbaren Controllings angedacht sei, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Meinungsbildung dazu noch nicht abgeschlossen sei.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Den „1. Aktionsplan“ mit den darin aufgeführten kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sowie Strategien zur Umsetzung „Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050“ gemäß Anlage.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördermittel zur Verfügung stehen und wenn ja, diese vorrangig in Anspruch zu nehmen.
3. Der „1. Aktionsplan“ ist alle zwei Jahre zu aktualisieren und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen; erstmals im 4. Quartal 2020.
4. Ein Monitoring und Controlling wie folgt:
 - a) für die im 1. Aktionsplan genannten Maßnahmen (Anlage 1) – jährlich, als kurzer Statuscheck
 - b) für die mittelfristigen Strategien und die Klima- und Energiebilanz – alle 2 Jahre (Klimabericht)
 - c) für alle im Konzept genannten kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen und Strategien – alle 6 JahreDie Beschlüsse zur Berichterstattung Klimabericht und Energie- und Klimaschutzmanagement sind in diese Berichterstattung zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.12 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern

Vorlage: 18/SVV/0743

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – die Voten der Ausschüsse für Bildung und Sport, für Kultur und Wissenschaft sowie für Finanzen **fehlen**

zu 4.13 Bewirtschaftung des Volksparks

Vorlage: 18/SVV/0744

Fraktion CDU/ANW

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt, dem Antrag mit der Streichung des 3. Absatzes im Beschlusstext **zuzustimmen**.

Herr Finken erklärt namens der Fraktion, dass diese Streichung übernommen werde.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Bewirtschaftungsmodell für den Volkspark zu entwickeln, das die jetzige Bewirtschaftungsform spätestens ab dem Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld ablöst.

Dabei sind die Erfahrungen mit dem jetzigen Modell auszuwerten und Synergieeffekte mit der Folgenutzung der Biosphärenhalle festzustellen und zu nutzen. Die Ergebnisse des Workshops zur Nachnutzung der Biosphärenhalle sowie die sich daraus ergebenden Entscheidungen sind zu berücksichtigen.

~~Die ggf. erforderlichen Haushaltsmittel sind zu ermitteln und in den nächsten Haushalt einzustellen.~~

Ziel ist es, für den Potsdamer Norden eine beliebte Naherholungsstätte und für ganz Potsdam eine beliebte Freizeitanlage mindestens in der jetzigen Qualität zu erhalten.

Das Ergebnis ist bis Ende April 2019 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **15**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

zu 4.14 Förderung des Wasserwandertourismus in Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0755

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen **zuzustimmen**:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit den Wassersportvereinen und der Potsdam Marketing und Servicegesellschaft GmbH folgende Maßnahmen zu ergreifen, um den gravierenden Nachholbedarf in der öffentlichen Zugänglichkeit der Potsdamer Ufer für den Ein- und Ausstieg von nichtmotorisierten Wasserwanderern (Kanuten, Paddler) sowie Windsurfen und Standup-Paddlern zügig abzubauen:

1. An den Potsdamer Ufern sollen in allen Stadtteilen mit Wasserzugang jederzeit öffentlich und frei zugängliche Ein- und Ausstiegsstellen für Paddler und Surfer ausgewiesen und im Rahmen des wassertouristischen Informationssystems „Gelbe Welle“ bekannt gemacht werden.
2. Die Landeshauptstadt Potsdam soll mit den sechs wassersporttreibenden Vereinen **und den Bäderbetrieben** Verhandlungen aufnehmen, um vertraglich zu sichern, dass auf städtischen Grundstücken jederzeit eine frei zugängliche Anlegestelle für den Ein- und Ausstieg von nichtmotorisierten Kanuten, Paddlern und Surfern vorhanden ist. Mit allen anderen wassersporttreibenden Vereinen strebt die Landeshauptstadt Potsdam auf dem Wege von Kooperationsvereinbarungen analoge Regelungen an.

Des Weiteren ist durch den Oberbürgermeister zu prüfen, ob

3. ~~Auf~~ der Anlegestelle „Auf dem Kiewitt“ ~~ist~~ umgehend eine öffentlich und jederzeit frei zugängliche Ein- und Ausstiegsstelle ~~einzurichten~~ **eingerrichtet**. ~~und Die Anlage wird~~ innerhalb von zwei Jahren zu einem öffentlichen Wasserwanderrastplatz ausgebaut **werden kann**.
4. ~~Die~~ in der „Tourismuskonzeption 2025“ vorgesehenen vier Wasserwanderrastplätze sowie weitere fünf Plätze ~~sind bis Mitte 2019 zu identifizierten~~ und bis spätestens 2022 ~~einzurichten~~ **eingerrichtet werden können**.

Die vom Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfohlene Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit den Wassersportvereinen und der Potsdam Marketing und Servicegesellschaft GmbH folgende Maßnahmen zu ergreifen, um den gravierenden Nachholbedarf in der öffentlichen Zugänglichkeit der Potsdamer Ufer für den Ein- und Ausstieg von nichtmotorisierten Wasserwanderern (Kanuten, Paddler) sowie Windsurfern und Standup-Paddlern zügig abzubauen:

1. An den Potsdamer Ufern sollen in allen Stadtteilen mit Wasserzugang jederzeit öffentlich und frei zugängliche Ein- und Ausstiegsstellen für Paddler und Surfer ausgewiesen und im Rahmen des wassertouristischen Informationssystems „Gelbe Welle“ bekannt gemacht werden.
2. Die Landeshauptstadt Potsdam soll mit den sechs wassersporttreibenden Vereinen **und den Bäderbetrieben** Verhandlungen aufnehmen, um vertraglich zu sichern, dass auf städtischen Grundstücken jederzeit eine frei zugängliche Anlegestelle für den Ein- und Ausstieg von nichtmotorisierten Kanuten, Paddlern und Surfern vorhanden ist. Mit allen anderen wassersporttreibenden Vereinen strebt die Landeshauptstadt Potsdam auf dem Wege von Kooperationsvereinbarungen analoge Regelungen an.

Des Weiteren ist durch den Oberbürgermeister zu prüfen, ob

3. ~~Auf~~ der Anlegestelle „Auf dem Kiewitt“ ~~ist~~ umgehend eine öffentlich und jederzeit frei zugängliche Ein- und Ausstiegsstelle ~~einzurichten~~

~~Die~~ **eingerrichtet- und** Die Anlage wird innerhalb von zwei Jahren zu einem öffentlichen Wasserwanderrastplatz ausgebaut **werden kann**.

4. ~~Die~~ in der „Tourismuskonzeption 2025“ vorgesehenen vier Wasserwanderrastplätze sowie weitere fünf Plätze sind bis Mitte 2019 zu identifizieren und bis spätestens 2022 einzurichten **eingerrichtet werden können**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **14**
Ablehnung: **1**
Stimmenthaltung: **1**

zu 4.15 Reorganisation der Geschäftsbereiche 2 und 3

Vorlage: 18/SVV/0768

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt - der Oberbürgermeister wird am kommenden Mittwoch die Mitarbeitenden der Landeshauptstadt Potsdam und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung über geplante Umstrukturierungen informieren.

zu 4.16 Kundenbefragung in der Ausländerbehörde

Vorlage: 18/SVV/0771

Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak bringt den Antrag ein.

Der Oberbürgermeister verweist anschließend auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion mit der Ergänzung, dass die **Welcome-Center** einbezogen werden. Allerdings sei eine Berichterstattung im Januar 2019 zu knapp, so dass er den März 2019 vorschlägt.

Herr Thomann, Fachbereichsleiter Soziales und Gesundheit, führt anschließend aus, dass die Ausländerbehörde auch selbst Interesse an einer Kundenbefragung habe; die Beschwerden seien bekannt. Deshalb sei die Verwaltung bereits mit dem eigenen Bereich Statistik im Gespräch und habe es eine Verständigung im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion darüber gegeben, dass auch Externe in die Vorbereitung mit einbezogen werden.

Im Weiteren wird kontrovers über die Zielgruppen, die Erarbeitung und Abstimmung des Fragenkatalogs sowie die Termine der Berichterstattungen diskutiert.

Im Ergebnis unterbreitet der Oberbürgermeister folgenden Formulierungsvorschlag für die Änderung und Ergänzung des Beschlusstextes:

Über die Fragen und die Methodik soll im Januar im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion berichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll Ende des I. Quartals ein Bericht zum Umsetzungsstand gegeben werden.

Eine Auswertung soll bis Ende Mai 2019 erfolgen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im 1. Quartal des Jahres 2019 eine Kundenbefragung in der Potsdamer Ausländerbehörde (ABH) durchzuführen.

Die Ergebnisse sollen einen Überblick darüber vermitteln, wie groß die Zufriedenheit der Betroffenen mit der Arbeit der Behörde ist, aber auch Änderungsbedarf und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung sollen der Migrantenbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen einbezogen werden.

~~Über den Sachstand soll die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 unterrichtet werden.~~

Über die Fragen und die Methodik soll im Januar im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion berichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll Ende des I. Quartals ein Bericht zum Umsetzungsstand gegeben werden.

Eine Auswertung soll bis Ende Mai 2019 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.17 Lokaler Teilhabeplan 2.0

Vorlage: 18/SVV/0777

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Richter, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, bringt die Vorlage ein und bittet um Zustimmung. Der Oberbürgermeister erklärt, dass der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion der Vorlage einstimmig zugestimmt habe. Im Anschluss wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Lokaler Teilhabeplan 2.0 –

Der Lokale Teilhabeplan 2.0 bildet für die Landeshauptstadt Potsdam die Grundlage für die weitere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bis zum Jahr 2023 (gemäß Anlage).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, informiert, dass alle vorliegenden Fragestellungen seitens der Verwaltung beantwortet werden.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018

Vorlage: 18/SVV/0648

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Thomann, Fachbereichsleiter Soziales und Gesundheit, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage, die anschließend zur **Kenntnis genommen** wird.

**zu 6.2 Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und
Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Verlängerung und
Anpassungen für die Förderperiode 2019 bis 2021**

Vorlage: 18/SVV/0732

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, warum die bildende Kunst hier fehle, entgegnet Herr Finken, dass die Kunst- und Kreativwirtschaft ein eigener Wirtschaftszweig mit eigenen Förderprogrammen sei und in der Mitteilungsvorlage auch erwähnt werde.

Herr Dr. Scharfenberg regt an darüber zu diskutieren, ob die für die Förderung bereitgestellte Summe erhöht werden müsse, da sich auch die Bedingungen verändert haben. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass es keine Hinweise auf eine Notwendigkeit gebe; „es scheint relativ gut zu funktionieren“. Er werde die Frage aber zur Reflektion im Bereich Wirtschaftsförderung mitnehmen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dies im Umgang mit derartigen Förderprogrammen auch wichtig sei, da sie ja auch entsprechend beworben werden und die Mittel auskömmlich sein sollten.

Frau Armbruster bittet um einen Bericht über den Abruf der Mittel im Jahr 2018 und Herr Finken zukünftig eine zusammenfassende Berichterstattung über das Monitoring und die Abläufe, um sich ein Bild machen zu können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Prüfergebnis Entwicklung Bornstedter Feld und umliegende Gebiete
gemäß Beschluss: 18/SVV/0023**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Der Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Herr Rubelt, verweist auf die sich im Geschäftsgang befindende Beschlussvorlage 18/SVV/0735, die diese Thematik aufgreife. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr werde es am 11.12.18 eine zweite Lesung dazu geben. Er schlägt vor, die Drucksache mit den Beratungsergebnissen des Ausschusses in der Hauptausschusssitzung am 12.12.18 vorzustellen, um nicht parallel zu arbeiten.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6.4 Sachstandsbericht zum Projekt 'Papierlose Gremienarbeit'

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Finanzen, Herr Exner, führt aus, dass die Signale auf „grün“ stehen und eine Umsetzung zu Beginn der nächsten Wahlperiode realisiert werde. Die Einrichtung eines Browserbasierten Zugriffes sei abgeschlossen; derzeit werden für die Endgeräte entsprechende Recherchen geführt, ein möglicher Rahmenvertrag und die Vergabe vorbereitet. Ab Januar 2019 soll eine erweiterte Testgruppe mit Stadtverordneten eingerichtet werden. Der Oberbürgermeister betont, dass die neue Stadtverordnetenversammlung papierlos arbeiten werde – andere Städte „bekommen das auch hin“. Die Nachfrage von Frau Schulze, ob für jeden Stadtverordneten ein Endgerät zur Verfügung stehe, bejaht Herr Exner.

zu 6.5 Sachstandsbericht Schulneubau in Babelsberg

Herr Dr. Scharfenberg begründet die Nachfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Forderung, die Zeitabläufe so zu gestalten, dass der dringend benötigte Schulneubau befördert werde.

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Frau Aibel, bestätigt die Notwendigkeit eines Schulneubaus und den Willen der Verwaltung das Verfahren zu aktivieren. Einen zeitlichen Fahrplan gebe es und das nächste Paket sei die Vergabe der Leistungen nach außen. Gleichzeitig werde geprüft wie die Zwischenräume verkürzt werden können, um Ende nächsten Jahres eine Beschlussfassung zu ermöglichen. Trotzdem werde der Standort „Sandscholle“ für den Fall weiterbearbeitet, dass die Kommunalaufsicht eine Zusage für den privaten Investor verweigere.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es das Ziel der Stadt sein müsse, die Schule früher zu realisieren als in Eigenregie. Dazu sollten Vorgänge parallel abgearbeitet werden. Dies, so Frau Aibel, habe die Verwaltung auf „dem Schirm“. Der Oberbürgermeister versichert, dass alle Bemühungen dahin gehen, den Zeitplan weitestgehend „auszuknutschen“.

zu 7 Sonstiges

Gremienbesetzung – proWissen e.V.

Der Oberbürgermeister informiert darüber, dass Herr Jakobs den Vorsitz des Vereins proWissen vorerst weiterführen werde und zwar bis die Mitgliederversammlung des Vereins im März/April 2019 einen neuen Vorsitzenden wählt.

Änderung der Hauptsatzung

Frau Krusemark, Fachbereich Recht, Personal und Organisation, erläutert das Verfahren zur Änderung der Hauptsatzung. Bezugnehmend auf die Beschlussfassung der Drucksache 18/SVV/0724 habe der Bereich Recht Bedenken, dass das Verfahren rechtssicher sei, so dass die Satzung in Gänze erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die notwendigen Änderungen in der Hauptsatzung zur Direktwahl der Beiräte (Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderungen) vorgelegt werden, verweist sie darauf, dass es hierzu Abstimmungsbedarf mit dem Innenministerium gebe.

